

Calmer Saarbblatt

Nr. 11

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G., Pl. Reklamen 30 G., Pl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Montag, den 14. Januar 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 600 Milliarden M., wöchentlich Postbezugspreis 300 Milliarden M., ohne Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die französische und die belgische Antwort sind nun in Berlin im Auswärtigen Amt überseht worden. Die Beratung über die Noten erfolgt jedoch erst, wenn der deutsche Vertreter in Paris über seine persönlichen Unterredungen mit Poincaré Bericht erstattet haben wird. Es wird mitgeteilt, daß sowohl von französischer wie belgischer Seite den deutschen Vertretern zu verstehen gegeben worden sei, daß die Regierungen von Frankreich wie von Belgien geneigt seien, weitere Anregungen deutscherseits entgegenzunehmen.

Die deutsche Regierung hat bezüglich der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland durch die interalliierte Militärkommission eine Note an die Entente gerichtet, worin sie darauf hinweist, daß nach den Feststellungen des Generals Nollet die Arbeiten der Kommission in bezug auf die Durchführung des Friedensvertrags erledigt gewesen seien, daß die derzeitige Militärkontrolle also keinerlei Berechtigung in dem Friedensvertrag habe. Sie ersucht daher um Einstellung der Kontrollbesuche.

Die Konferenz der Kleinen Entente ist zu Ende gegangen. Ihr Zweck war einerseits die Behandlung der Beziehungen zur Großen Entente, andererseits zu Rußland. Der Charakter der Kleinen Entente besteht nach dem Gedanken ihres Schöpfers, Frankreich, in der Verwendungsmöglichkeit sowohl Deutschland als Rußland gegenüber. Wenn bisher die von Frankreich unterstützten Mäßigungen der Kleinen Entente zur Niederhaltung Deutschlands und zur Verteidigung gegen einen russischen Angriff benutzt werden sollten, so scheint das Ergebnis der diesmaligen Konferenz dahin gegangen zu sein, daß die Kleine Entente eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland anbahnen soll, um so den eisernen Ring um Deutschland harnetisch abzuschließen zu können. Befürchtlich gehen auch die Bestrebungen Englands und Italiens nach einer Verständigung mit Rußland, das zwecks Verbesserung seiner wirtschaftlichen Stellung diese Annäherungsversuche wahrscheinlich nicht unerwidert lassen dürfte. Für Deutschland ergeben sich aus diesen Bestrebungen wiederum sehr bittere Folgerungen.

Während eines Besuchs der Militärkommission der Entente in Stuttgart kam es dort zu patriotischen Demonstrationen, die jedoch zu keiner Belästigung der Kommissionsmitglieder geführt haben.

Deutschlands Opfer im Kriegsjahre 1923.

Das abgelaufene Jahr 1923 muß als das schwerste Kriegsjahr nach dem Weltkrieg bezeichnet werden. Es hat außerordentliche Opfer an Gut und Blut gefordert und hat die Grenzen des Deutschen Reiches in ernste Gefahr gebracht. In erster Linie im Westen, aber auch im Osten. Der Hauptkriegsjahreslag lag an Ruhr und Rhein. Auf Einzelheiten einzugehen erübrigt sich, soll auch nicht Zweck dieser Zusammenfassung sein. Nur wenige Zahlen, soweit die Opfer und Verluste ziffernmäßig überhaupt festgestellt werden können, sollen die außerordentliche Schwere des Kampfes um deutsches Land und deutsches Eigentum bezeugen. An Ruhr und Rhein verlor Deutschland im Jahre 1923 die Reichsbahnen, einen großen Teil der Zechen, durch rücksichtslose Ausschöfungen, die an Verwüstungen grenzen, einen großen Teil der rheinischen Waldungen. Der Produktionsausfall infolge gewalttätiger Eingriffe in das Wirtschaftsleben an Rhein und Ruhr läßt sich ziffernmäßig überhaupt nicht feststellen, ebenso wenig die Geldverluste, die eingetreten sind durch Straßen- und Rassenraube. Die schwersten Opfer aber sind von der Bevölkerung selbst an Gut und Blut gebracht worden. Bis Ende September waren durch Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte rund 190 000 Personen von Haus und Hof vertrieben; davon wurden ausgewiesen rund 175 000, unter denen sich etwa 40 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches und der Länder befanden. Durch Übergriffe von Besatzungsangehörigen wurden bis Ende September 132 getötet. Der französischen Schandjustiz sind mehr als 6000 Personen zum Opfer gefallen. Von ihnen wurden bis Ende September 11 Personen zum Tode verurteilt (in diesen

Tagen ist die Zahl der Todesurteile um weitere 3 vermehrt worden), während über die übrigen rund 1600 Jahre Freiheitsstrafen verhängt wurden. Unter letzteren befinden sich fünf Personen, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und in französischen Gefängnissen untergebracht wurden. Diese Zahlen erhöhen sich noch um ein erhebliches, da die Statistik noch nicht abgeschlossen ist und da außerdem das separatistische Verbrechergesinde ebenfalls nach französischem Muster mit Ausweisungen und Freiheitsberaubungen „arbeitet“. Gerade in den letzten Tagen des alten Jahres wird bekannt, daß drei von französischen Kriegsgerichten verurteilte Deutsche, nämlich ein Kaufmann, der Prokurist einer Industrieunternehmung und der Ingenieur Anders nach der französischen Strafkolonie Guyana bezw. der Teufelsinsel verbracht werden sollen. Ihre Verurteilung erfolgte wegen angeblicher Sabotage im Ruhrkrieg.

Das Kriegsjahr 1923 brachte gegen Ende außerdem nochmals besondere Geißel für die Bevölkerung an Ruhr und Rhein, die separatistischen Verbrecherbanden, die unter Duldung bezw. nach Auftrag der Besatzungsbehörden gegen die Bevölkerung ein wahres Schreckensregiment ausübten. Während im nördlichen Rheinland diese Banden in kurzer Zeit abgewirft haben, können sie sich unter dem besonderen Schutz des Generals de Meij in der Pfalz noch halten. Nach Auffassung des Generals de Meij und seiner Schützlinge ist die Pfalz von Bayern und vom Reich losgerissen und der „autonomen Pfalzregierung“ unterstellt. Tatsächlich befindet sich kein bayerischer Staatsbeamter mehr auf seinem Posten in der Pfalz, da alle vertrieben wurden.

Wie die französische Politik darauf gerichtet ist, Frankreichs Grenzen weit nach Osten vorzuschieben und deutsches Land unter ihre Gewalt zu bekommen, so sieht dieses Bestreben auch eine entsprechende Politik im Saargebiet ein. Zwar soll hier der Völkerbund und sein Geist herrschen, aber die Zusammenziehung der vom Völkerbund ernannten Regierungskommission gibt die Gewähr dafür, daß die Idee des Völkerbundes nicht zur Geltung kommt, daß allein die französischen Interessen den Ausschlag geben. Das Jahr 1923 brachte im Saargebiet die französische Politik ein erhebliches Stück vorwärts. Der bedeutendste Schritt in dieser Richtung wurde mit der allgemeinen Einführung der Frankenwährung, mit der Beseitigung der deutschen Markwährung gemacht. Damit wurde ein wesentliches Band zwischen Deutschland und dem Saargebiet zerrissen. Auch die französische Schulpolitik hat im Jahre 1923 im Saargebiet nicht unbedeutende Fortschritte gemacht. Zwar hat sich die Bevölkerung in einmütiger Ablehnung gegen diese Französisierungspolitik gewandt, aber unerschrocken werden im Saargebiet französische Schulen eingerichtet und gefördert — gegen die klaren Bestimmungen des Saarstatuts, die der Bevölkerung die deutsche Schule belassen. Die weiteren Französisierungsbestrebungen richten sich gegen die politischen Parteien und die deutschen Gewerkschaften. Unter Zuhilfenahme gekaufter Subjekte wird in zäher Ministerarbeit versucht, diese Volkwerke des Deutschtums zu erschüttern. Es wurden angeblich neutrale „Saargewerkschaften“ ins Leben gerufen und schließlich der „Saarbund“ als politische Organisation zur Förderung der französischen Interessen im Saargebiet gegründet. Unter dem irreführenden Schlagwort „Das Saarland den Saarländern“ versuchen Franzosen und Französlinge im Saargebiet die Bevölkerung in das französische Lager hinüberzuziehen. Die Erfolge sind zwar gering, es zeigt sich aber, daß Frankreich im Jahre 1923 auch im Saargebiet Fortschritte gemacht hat, die auf das Verlustkonto des Deutschtums verbucht werden müssen.

In Cuxen-Malmedy hat sich die Entdeutschung planmäßig vollzogen, deutsche Regungen werden in brutaler Weise unterdrückt. Die Deutschen Cuxen-Malmedys, die ohne Volksentscheid dem belgischen Staat zugeführt wurden, können nur hoffen in die Zukunft blicken.

Im Osten brachte das Jahr 1923 gleich zu Beginn den Verlust des Memellandes durch den Einfall der Litauer. Der Völkerbund hat sich mit der vollzogenen Tatsache abgefunden, so daß das deutsche Memelgebiet zunächst endgültig für Deutschland als verloren betrachtet werden muß. Ob es möglich sein wird, durch eine geschickte Politik und durch die Kraft der deutschen Kultur und des deutschen Fortschritts, dem Deutschtum in Litauen ausschlaggebende Bedeutung zu geben, muß der Zukunft überlassen werden.

Ein weit ersterer Gegner ist das Polentum. Die Verluste, die das Deutschtum in Polen durch die systematische Unterdrückungspolitik der polnischen Regierung im Jahre 1923 erlitten hat, sind ungeheuer. Hunderte von deutschen Ansiedlern wurden von Haus und Hof verjagt, ihr Besitzum enteignet, sie selbst des

Landes verwiesen. Der Deutsche wird in Polen als Bürger zweiter Klasse behandelt oder richtiger mißhandelt. Die Zahl derer, die unschuldig zu den unglaublichsten Freiheitsstrafen verurteilt sind, wächst von Woche zu Woche. Für den Deutschen in Polen gibt es nicht Recht noch Gesetz — und der Völkerbund bleibt trotz seiner Minderheitenbestimmungen machtlos.

Nicht wesentlich besser ist es den Deutschen in der Tschechei ergangen. Mit den brutallsten Mitteln wurden die Deutschen im Südtiroler Ländchen rechtlos gemacht, verfolgt, ihrer deutschen Schulen beraubt. Auch die Deutschen in Tirol haben einen verzweifelten, aber leider erfolglosen Kampf um ihr Deutschtum gegen ihre italienischen Bedrücker geführt. Ueberall, wo auf Grund des Versailler Schandbittats Deutsche unter fremde Staatshoheit kamen, hat sich gezeigt, daß es für den Deutschen in der Welt kein Recht, keinen Verteidiger gibt. Er steht allein, einer Uebermacht gegenüber, allein gestützt auf sein gutes Recht, gestützt durch seine Treue zum Deutschtum und zu dem deutschen Vaterland. So sah das Jahr 1923 überall in den abgetrennten, geraubten, besehten, vergewaltigten und bedrohten Gebieten einen verlustreichen Kampf gegen Deutschtum und deutsches Land. Ob das Jahr 1924 in dieser Richtung eine Besserung bringt? R. P.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Behandlung der belgischen und französischen Antwortnote.

Berlin, 14. Jan. Wie der „Montag“ berichtet, ist die französische und die belgische Antwortnote im Auswärtigen Amt überseht worden. Da beide Noten zusammen 29 Seiten umfassen, konnte ihre Bearbeitung seitens der zuständigen Regierungsstellen noch nicht begonnen werden. Das Kabinett wird über die beiden Noten voraussichtlich erst beraten, wenn der deutsche Geschäftsträger in Paris, von Höch, in Berlin eingetroffen ist, also nicht vor dem Dienstag.

Verchiebung der Reise des deutschen Vertreters in Paris.

Berlin, 13. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Ködiger, ist, wie wir erfahren, in Berlin eingetroffen. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, von Höch, der seine Abreise wegen einer leichten Erkrankung verschoben mußte, wird voraussichtlich am Dienstag früh in Berlin ein. Die den Geschäftsträgern in Paris und Brüssel am Freitag überreichten Antworten auf das deutsche Memorandum vom 24. 12. sind inzwischen durch Kuriere in Berlin eingegangen.

Die französische und belgische Regierung zu weiteren Verhandlungen bereit.

Berlin, 12. Jan. Zu den am Freitag den deutschen Geschäftsträgern in Paris und Brüssel überreichten Antworten auf das deutsche Memorandum vom 24. 12. teilt uns die zuständige Stelle mit, daß die Antworten in Berlin zur Stunde noch nicht bekannt sind, da sie wegen ihres Umfangs nicht auf telegraphischem Wege übermittelt werden konnten. Der Kurier, der die Antworten überbringt, trifft voraussichtlich morgen vormittag hier ein. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der behandelten Fragen kommen die beiden Geschäftsträger voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Berlin, um mündlich Bericht zu erstatten. Wie sich aus ihren vorläufigen telegraphischen Meldungen in Uebereinstimmung mit den Auslassungen der französischen und belgischen Presse ergibt, stellen die Antworten eine technisch gehaltene Erwiderung auf die einzelnen Vorschläge des deutschen Memorandums dar. Von der Gegenseite wurde bei der Ueberreichung ausgedrückt, daß die französische und die belgische Regierung auch weiterhin bereit seien, jede deutsche Anregung zu prüfen.

Eine neue Note der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Paris, 13. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, wird die Botschafterkonferenz in aller Kürze zusammentreten, um die gestern in Paris überreichte Note der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle zu prüfen.

Berlin, 12. Jan. (W.-B.) Die Note, die seitens der Reichsregierung unterm 9. 1. an die interalliierte Militärkontrollkommission gerichtet wurde, hat folgenden Wortlaut: Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 30. 12. zu bekräftigen, in der Sie ankündigen, daß am 10. 1. und 12. 1. in Koftod, Berlin, Dresden, Stuttgart, München, Paderborn, Breslau und Frankfurt a. M. Kontrollbesuche vorgenommen werden sollen. Die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen worden, den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche zu ermöglichen. Die Reichsregierung hat mich indessen beauftragt, Ihnen, Herr General, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in Kontakt bringt, beendet hat. Diejenigen Aufgaben, welche die Botschafterkonferenz als noch offen betrachtet, und an deren Durchführung die deutsche Regierung mitzuwirken durchaus bereit ist, erfordern keine Besuche bei militärischen Stellen. Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben wurde alles, was Teil IV des Vertrags von Versailles an Abrüstungsforderungen enthält, längst erfüllt. Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliegt nach Art. 123 des Vertrages von Versailles nicht einer dauernden Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen von dem Räte des Völkerbundes anzuordnenden Spezialuntersuchung. Wenn die deutsche Regierung gleichwohl für die am 10. und 12. 1. in Aussicht genommenen Kontrollbesuche die Voraussetzungen geschaffen hat, so geschah das in der gewissen Erwartung, daß ihre eben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der interalliierten Militärkontrollkommission volle Würdigung findet und daß von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen wird. (gez.) Moraht.

Ein Reparationsvorschlag Louchours.

London, 14. Jan. Laut „Observer“ wird die kommende Nummer der französischen „Revue de Paris“ einen wichtigen Artikel Louchours über „Reparationen und Sicherheit“ veröffentlichen. Louchour fragt, ob in der letzten Ansprache Millerands an das diplomatische Korps der dabei zum Ausdruck gekommene Optimismus berechtigt sei und bejaht diese Frage, da er überzeugt ist, daß wirkliche Maßnahmen jetzt ergriffen werden könnten, die zu einem Frieden mit Deutschland führen können. Louchour hält eine Vereinbarung mit England auf der folgenden Grundlage für möglich: 1. Bezahlung an Frankreich und Belgien für die Wiederherstellung der verunsteteten Gebiete notwendigen Summen. 2. Vollständige Streichung der interalliierten Schulden, ausgenommen der an die Vereinigten Staaten. 3. Befreiung Deutschlands mit den von Amerika beanspruchten Beträgen. Bezüglich der Sicherheitsfrage erklärt Louchour, es könne eine Vereinbarung auf folgender Grundlage erzielt werden: 1. vom Standpunkt der Verträge auf der von Poincaré am 3. 1. 23 oder der von Louchour angegebenen Grundlage. 2. Vom Standpunkt der Sicherheit seien die Grundlagen die von ihm, Louchour, in der französischen Kammer am 7. 11. 22 niedergelegten, denen die französische Regierung seither zugestimmt habe.

Der Kampf um die Pfalz

Die französische „Neutralität“ in der Pfalz.

Berlin, 14. Jan. Aus Speyer wird der „Montagspost“ gemeldet, daß der französische Oberdelegierte für die Pfalz, General de Meh, die Bekanntgabe der Erklärung verboten hat, die gestern in sämtlichen katholischen Kirchen der Pfalz von den Kanzeln herab verlesen werden sollte und die die Aufforderung an die Katholiken der Pfalz enthielt, der ungesetzlichen und unrechtmäßigen sogenannten autonomen Regierung keinen Gehorsam zu leisten.

Berlin, 14. Jan. Nach der „Montagspost“ fand gestern vormittag in Speyer die Trauerfeier für den ermordeten Separatistenführer Heinz-Orbis statt. Diese ist ein neuer Beweis dafür, wie außerordentlich gering die zahlenmäßige Beteiligung der Pfälzer an der separatistischen Bewegung ist, denn nur etwa 300 Personen nahmen daran teil. General de Meh feierte den Getöteten in einem in französischer Sprache gehaltenen Nachruf als einen Freund Frankreichs und legte darauf an der Waise im Namen Frankreichs einen Kranz nieder. Nach der Feier wurde die Leiche in seine Heimat übergeführt. Der Leichenzug zum Bahnhof wurde durch separatistische Truppen geschützt, die den Zug mit der separatistischen Fahne eröffneten und auch die Nachhut bildeten, wobei sie Zigaretten und Pfeifen rauchten.

Ein neutrales Urteil über die französische Abtrennungspolitik in der Pfalz.

Berlin, 13. Jan. Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt zu den Vorgängen in der Pfalz: Die Blutat von Speyer beleuchtet grell die unhaltbaren Zustände, die sich unter dem Terror der Sonderbündler mit offener französischer Duldung in der bayerischen Pfalz herausbildeten. Von Anfang an war offensichtlich, daß Frankreich die pfälzische Separatistenbewegung aktiver unterstützte als die rheinische. Das mag mit der geographischen Lage der Pfalz zusammenhängen, die als unmittelbares Nachbargebiet Elsaß-Lothringens und des von Frankreich bekanntlich heftig umworbenen Saarlandes für die französische Politik eine besondere Bedeutung hat. Unter den Augen des Generals de Meh terrorisiert die zweifelhafte eine nur kleine Minderheit der Bevölkerung bewaffneter Separatisten das ganze Land rücksichtslos.

Es wird angewiesen, wer für die deutsche Regierung arbeitet. Auch die Rheinlandkommission, in der neben Frankreich und Belgien immer noch England vertreten ist, fing seit Jahresbeginn an, die Verordnungen der Separatistenbewegung offiziell zu registrieren und damit als rechtsgültig anzuerkennen. Gleichzeitig hört man von einer diplomatischen Demarche, die Lord Curzon in Paris unternommen hat, um über die merkwürdige Tätigkeit der französischen Besatzungsbehörde in der Pfalz Aufschluß zu verlangen. Curzons Neugierde und Besorgnis sind verständlich, nicht minder berechtigt aber die Frage, wie dennoch England mit einer Hand in der Rheinlandkommission die französischen Pläne am Rhein fördern helfen und mit der anderen gleichzeitig in Paris dagegen protestieren will. — Das haben die Engländer bisher doch immer so gemacht.

Englische Unternehmung über die Vorgänge in der Pfalz.

Berlin, 14. Jan. Nach einer Meldung der „Montagspost“ ist der britische Generalkonsul in München, Clives, gestern früh nach der Pfalz abgereist, um sich im Auftrage seiner Regierung über das Vorgehen der Franzosen im Zusammenhang mit dem Treiben der Separatisten zu orientieren. Seine Abwesenheit von München wird etwa fünf Tage dauern.

Frankreich und die englische Untersuchung in der Pfalz.

Paris, 13. Jan. Ministerpräsident Poincaré hatte heute Vormittag eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris, Crewe, die nach dem „Temps“ in der Hauptsache auf die von der englischen Regierung beabsichtigte Enquete in der Pfalz Bezug hatte. Mit der Enquete ist bekanntlich der englische Konsul in München, Clives, betraut worden. Die französische Regierung steht, wie der „Temps“ hervorhebt, auf dem Standpunkt, daß eine etwaige Enquete über die separatistische Bewegung in der Pfalz und die dort geschaffene Lage interalliierten Charakter tragen müsse und ein Vertreter Englands nicht allein vorgehen könne.

Die Opfer der separatistischen Bewegung in der Pfalz.

Ludwigshafen, 12. Jan. Ueber die Opfer der separatistischen Bewegung in der Pfalz erhalten wir folgende Statistik: Ausgewiesen sind ungefähr 70 Beamte mit ungefähr 130 Familienangehörigen. Verhaftet wurden über 100 Personen. Verwundet wurden auf beiden Seiten ebenfalls über 100 Personen und getötet etwa 30.

Proteste der pfälzischen Städte und Korporationen bei General de Meh.

Speyer, 11. Jan. Gestern vormittag 11 Uhr empfing General de Meh die Vertreter der pfälzischen Städte. Der Vertreter der Stadt Speyer drückte im Namen der pfälzischen Städte sein Bedauern über die in Speyer vorgekommene Mordtat aus und wiederholte sodann seinen in Koblenz vorgetragenen Protest der Städte gegen die nach ihrer Auffassung zu Unrecht bestehende autonome Regierung der Pfalz. Hierauf wurden die Vertreter der pfälzischen Verbände und Korporationen von General de Meh empfangen. (Verband pfälzischer Industrieller, Arbeitgeberverband, Handelskammer, Handelschuhverband, Handwerkskammer, Kreisbauernkammer, Weinhandel, Bankvereinigung, Verein pfälzischer Zeitungsverleger, Landesverein Pfalz im Reichsverband der deutschen Presse, Apothekenkammer, Metzerverband, Anwaltskammer). Sie erhoben in feierlicher Weise ebenfalls Einspruch gegen die unrechtmäßige Regierung und deren Verordnungen und bemerkten, daß sie ihren Protest morgen auch in Koblenz bei der interalliierten Rheinlandkommission wiederholen wollten. Zugleich soll bei dieser Gelegenheit Einspruch erhoben werden gegen die Entragung der Verfügungen der autonomen Regierung bei der Rheinlandkommission, damit diese nicht Gesetzeskraft erhalten. — Im Verlaufe der Besprechung bedauerte General de Meh, daß die erschienenen Vertreter der wirtschaftlichen Verbände kein Wort des Abscheus über die vorgekommene Blutat gesunden hätten, worauf ihm erwidert wurde, daß die Vertreter obengenannter Verbände zu dem ausgesprochenen Zweck bei ihm erschienen seien, um ihm im Rahmen ihrer Vollmachten den erwähnten Protest vorzutragen. Den rein menschlichen Empfindungen über die Mordtat wurde dabei Ausdruck verliehen.

Die Konferenz der kleinen Entente. Verhandlungen über das Verhältnis zur großen Entente und zu Rußland.

Paris, 13. Jan. Der Berichterstatter des „Matin“ berichtet aus Belgrad, ihm habe der rumänische Außenminister erklärt, daß demnächst Verhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland über die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung eingeleitet würden. Die kleine Entente sei Bulgarien gegenüber solidarisch. Sie verlange die Respektierung des Friedensvertrags von Neuilly und verpflichte Bulgarien, Grenzwirtschaften zu

vermeiden. — Auf eine Frage des Korrespondenten erklärte der rumänische Minister, die französisch-tschechische Allianz werde nicht erweitert. — Der tschechische Außenminister Dr. Beneš sagte zu dem Vertreter des „Temps“, die Sowjetregierung werde von seiner Regierung de facto anerkannt werden. Ueber die Frage der de jure-Anerkennung könne er noch nichts Bestimmtes sagen. Wie der Berichterstatter weiter erfährt, wird zu der englischen Note über die von Frankreich eröffneten Kredite an die Länder der kleinen Entente erklärt, daß jeder Staat getrennt antworten und mitteilen werde, daß die französischen Kredite die Bezahlung der Schulden an England nicht beeinflussen würden.

Prag, 13. Jan. Ueber die heute zu Ende geführte Konferenz der kleinen Entente wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die letzte Sitzung der Vertreter der kleinen Entente fand heute vormittag um 10 Uhr im Ministerium des Äußern statt. Beneš, Duca und Nintschitsch leiteten die Besprechung der Frage der ungarischen Anleihe fort. Nachdem sie die diesbezüglichen Protokolle auf ihre Vollständigkeit geprüft hatten, kamen sie über die Entscheidungen überein, die noch zur Beilegung von bestehenden Schwierigkeiten notwendig sind.

Prag, 13. Jan. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad: Die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawens haben bei Beendigung der Konferenz beschlossen, daß die nächste Zusammenkunft der Vertreter der kleinen Entente im Juni oder Juli stattfinden soll. Die drei Minister werden noch vor ihrer Abreise in Verhandlungen von Minister zu Minister die zwischen ihren Staaten noch schwebenden Fragen regeln.

Prag, 13. Jan. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad über die Richtlinien, auf die sich die Konferenz der kleinen Entente bezüglich der Haltung in der russischen Frage grundsätzlich einigte. Es könnten auf Grund authentischer Informationen folgende zwei Punkte festgestellt werden. Die Regierungen der kleinen Entente seien sich darin einig, abzuwarten, welchen Standpunkt in dieser Frage England und Italien einnehmen würden. Die Regierungen der kleinen Entente beabsichtigten sich vollkommene Handlungsfreiheit vor, damit sie entsprechend neuen Umständen und der allgemeinen Lage ihren besonderen Standpunkt bestimmen können. Rumänien werde seine bisherigen Verhandlungen fortsetzen, da es mit Rußland einige besondere Fragen zu regeln habe. Alle Nachrichten über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der kleinen Entente oder zwischen den Mitgliedern der jugoslawischen Regierung, insbesondere zwischen dem Ministerpräsidenten Pašić und den übrigen Ministern entbehrten jeder Grundlage.

Tschechische Vermittlung zwischen Rußland und Frankreich.

London, 14. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ teilt mit, daß Dr. Beneš der russischen Regierung den Vorschlag gemacht habe, als Vermittler zwischen Moskau und Paris bei Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland aufzutreten. Die Grundlage der Verhandlungen würde sein, daß Frankreich Rußland de jure anerkennt im Austausch gegen eine russische Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und die Verpflichtung auf Seiten Rußlands, den Versailler Vertrag zu respektieren. Dem Berichterstatter zufolge ist die obige Information noch nicht amtlich bestätigt worden. Wenn sie sich als richtig erweisen sollte, so werde, wie verlautet, die russische Politik sein, derartige Verhandlungen nicht abzulehnen, aber nicht zu irgendeiner Vereinbarung zu kommen, bis die russische Regierung eine Gelegenheit gehabt habe, die Frage der britischen Anerkennung mit MacDonald zu erörtern. Da Dr. Beneš nächste Woche in London sein werde, so werde er zweifellos Gelegenheit nehmen, eine Mitteilung über diese Frage zu machen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Januar 1924.

Ein schweres Unglück

ereignete sich am Samstag morgen bei den Arbeiten am Rötelbadweg. Dort waren am Freitag Sprengungen an einem Felsen vorgenommen worden. Da die Sprengkörper am Freitag abend nicht mehr zur Lösung gebracht werden konnten, so war am Samstag morgen eine Nachbehandlung vorgenommen worden, bei der die Ladung plötzlich losging, und die dabei beschäftigten Arbeiter Heinrich Bullinger und Karl Stolz, Sohn des Pfälzerermeisters Stolz, 10 bis 15 Meter von dem Sprengort weggeschleuderte, wodurch sie schwere Verletzungen erlitten. Die schwerste Schädigung erlitten die beiden jedoch durch Brandwunden, die sie im ganzen Gesicht durch die Explosion erhalten hatten. Wie wir hören, ist bei beiden das

Gedenket
der hungernden Vögel!

Märkte.

(ECB.) Sulz a. N., 12. Jan. (Vieh- u. Schweine- markt.) Zufuhr: 3 Farren, 10 Ochsen und Stiere, 19 Kühe, 65 Rinder und Kalbinnen, 1 Kalb und 139 Milchschweine. Bezahlt wurden für Rinder 1/2jährig 60-80 M, 1-1jährig 80-150 M, 1-2jährig 150-250 M, für trächtige Kalbinnen 250-470 M, für Kühe 150-350 M, für Stiere 1/2-1jährig 60-120 M, 1-2jährig 120-210 Mark, 2-3jährig 210-350 M.

(ECB.) Spaichingen, 12. Jan. (Viehmarkt.) Dem Viehmarkt wurden 48 Stück Rindvieh zugeführt. Bei freiem Handel wurden für Kühe 120-500 M, Kalbinnen 400-435 M, Rinder 105-180 M bezahlt. Auf dem Schweinemarkt betrug die Zufuhr 84 Stück. Der Preis bewegte sich für Milchschweine von 12-15 M pro Stück, für Läufer wurden 46 M pro Paar bezahlt.

Schweinepreise.

In Göglingen kostete das Paar Milchschweine 18 bis 24, Läufer Schweine 40-80 M, in Craillsheim 20 bis 48 bzw. 50-120 M, in Blausteden das Paar Milchschweine 14-30 und in Rottweil 20-45 M.

Die heutigen Fleischhandelspreise sind im wesentlichen nicht an den Wochen- und Großhandelspreisen gemessen worden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Zuschläge in Rechnung kommen. D. Schriftl.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die pöchgefällige Verantwortung. Ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Zu der Notiz vom oberen Wald sei mir gestattet, einiges zu erwidern. Der Gedanke des Einsenders, durch die angeregten Projekte Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist anerkennenswert und sagt man, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Das Projekt zu dem Weg im Teinachtal liegt schon einige Jahre vor; aber die Verhandlungen über Ausführung desselben führten zu keinem Ergebnis; die zurückliegenden Gemeinden möchten nicht gerne an den Kosten des vorderen Teils und die vorderen Beteiligten nicht an denen des hinteren tragen und so ist eine Einigkeit nicht erzielt worden; hiezu ist aber noch zu bemerken, daß nach meinem Dafürhalten es sich bei Erbauung des Wegs nur um die Ausführung eines Holzabfuhrwegs handeln kann, da neben der schönen Oberkollwanger Straße doch ein Bedürfnis für eine zweite Straße nicht vorhanden ist; zudem noch die Erschließung des oberen Teils am sog. Kührain, Marlung Neuwiler, noch lange auf sich warten lassen wird. Ueber die weitere Anregung des Ausbaus einer Straße von Neubulach nach Tal mühle ist hier anzuführen, daß das enge Tal zum Ausbau einer Straße nicht geeignet und bei der kurzen Strecke eine viel zu hohe Steigung ausgeglichen werden müßte. Die beteiligten Gemeinden haben Holzabfuhrwege gebaut und das muß

genügen, zudem wo eben die Bahnhofsnähe fehlt. Die Absicht der Gemeinde Altbulach, die die beiden Bezirke Calw und Nagold verbindende Brücke im Seizental zu verbessern, wurde dadurch vereitelt, daß die beiden Bezirksräte den Standpunkt einnahmen, es sei dies Sache der waldbesitzenden Gemeinden; vor 40 Jahren wurden Beiträge geleistet, welche Beteiligung wäre zu dem Bau einer Straße zu erreichen? Was den Ausbau der Wasserkraften in den beiden Tälern betrifft, so ist ja erst vor 3 Jahren im oberen Teinachtal für den Wasserwerksverband Liebelsberg eine kleine Wasserkraft ausgebaut worden, so daß hier nicht mehr viel zu erreichen sein wird; im Ziegelbachtäl hat J. Zt. der frühere Sägmüller auf die Frage, ob er sägen könne, die Antwort gegeben, wenn es in 24 Stunden 48mal regnet, dann könne er sägen. Zur Zeit ist in entfernterer Gegend im Kleinzental ein Projekt für Erstellung einer Reservepumpanlage für die Schwarzwald-Wasserversorgung in Ausarbeitung, das alles Interesse, namentlich für die am Stränge von Würzbach aus liegenden Gemeinden verdient; die übrige Kraft kann für elektrische Zwecke verwertet werden. An Arbeitsgelegenheit im Interesse der Allgemeinheit fehlt es wohl nicht, aber die Beschaffung der Gelder ist z. Zt. mit großen Schwierigkeiten verknüpft und muß dieser oder jener Wunsch noch etwas zurückgestellt werden. N.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der U. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw.

An die Gehaltsempfänger.

- 1. Für die II. Januar-Hälfte werden die Gehälter erstmals wieder in der früher gewünschten Weise (Ueberweisung auf Bank-, Giro- und Postcheckkonten) ausbezahlt werden.
2. Die Steuerbücher für 1924 stehen noch vielfach aus. Die Säumigen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen unter diesen Umständen der volle 10%ige Steuerabzug gemacht wird.
Den 14. Jan. 1924. Staatsrentamt Hirzau. Widmaier.

Gehingen.

Sandverpachtung.



Die hiesige Gemeinde, umfassend 1430 Hektar, worunter 465 Hektar Waldfläche wird am

Mittwoch, den 30. Januar 1924, nachmittags 2 Uhr,

auf 3 oder 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich auf dem Rathhaus verpachtet, wozu Liebhaber freundlichst eingeladen werden.

Den 11. Januar 1924.

Gemeinderat.

Schmieh.



Langholz- und Stangenverkauf

Die Gemeinde verkauft im Submissionswege

94 Stück Forchen

II. Kl. 4.43, III. Kl. 24.30, IV. 35.50, V. 17, VI. 0,44 Festmeter,

Baustrangen: I. Kl. a 77, b 48, III. 1. Hagstrangen: I. Kl. 252, II. 45, III. 12. Hopfenstrangen: I. 360, II. 23, IV. 46, V. 23.

Requisiten, Verkaufsbedingungen können jederzeit auf dem Rathhaus zu Schmieh eingesehen werden, wo auch die Interessenten ihre

Angebote bis Donnerstag, den 17. d. M., mittags 2 Uhr, abzugeben haben.

Gemeinderat.

Weizenmehl Brotmehl

empfehlen Otto Jung.

Ochsenmaulsalat

offen, gekochte Ruteln tafelfertig billigst

Fr. Freudenberger.

Bitte lesen!

Schöne, gute, warme Schnallentiefel mit Lederbesatz, für Männer Mk. 6.- für Frauen Mk. 4.80 für Kinder alle Größen, ganz billig.

Hauschuhe

Leberwaren treffen ein und gebe sie zu billigen Preisen ab. Benütze Ledermann diese günstige Gelegenheit.

Karl Stoll, Haaggasse.

Aufruf

der Württ. Industrie- und Handels-Goldnote.

Die Württembergische Industrie- und Handelsgoldnote, welche am 27. Oktober 1923 ausgegeben worden ist, wird ab 14. Januar 1924 in der Weise aufgerufen, daß die Einlösung nach Wahl der Ueberbringer der Note

- 1. entsprechend der im Texte der Note enthaltenen Verpflichtung in Goldanleihe bei der Württembergischen Vereinsbank, Stuttgart,
2. außerdem aber durch die inzwischen geschaffenen, ausschließlich durch Dividenden gedeckten Goldanweisungen der Württembergischen Notenbank, welche auf 4.20, 21.- und 105.- Goldmark lauten, bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart erfolgt.

Voraussetzliche Einlösendauer zunächst bis 15. Februar 1924. Größere Beträge erbitten wir sortiert und gebündelt.

Stuttgart, den 12. Januar 1924

Für die Württ. Handelskammern: Als Treuhänderin: Die Handelskammer Stuttgart Württ. Vereinsbank E. Kauffmann Dr. Klies Fischer Bausack.

Sie sparen viel Geld,

wenn Sie Ihre Sonderanfertigung in Geschäftsbüchern uns übertragen, wir fertigen die Bücher in jeder gewünschten Liniatur und Papierqualität an.

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei.

Advertisement for clothing and equipment: Bekleidung * Ausstattung Paul Knauchle, Calw.

Gummi-Stampel

liefert rasch und billig die A. Delschläger'sche Buchdruckerei Calw.

Mais Maismehl Futtermehl Kleie Futtermehl Koch- und Viehfalz billigst bei Otto Jung.

Rundschreiben Briefbogen erhalten Sie rasch in der A. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw

Calw, den 14. Januar 1924.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die unser lieber Sohn

Karl



während seiner langen Krankheit und bei seinem Hinscheiden erfahren durfte, namentlich Herrn Stadtpfarrer Lang für seine trostreichen Worte, den Schwestern des Krankenhauses und Schwester Pauline für ihre aufopfernde Pflege, dem Eisenbahnergesangsverein für den erhabenden Gesang am Grabe, seinen Altersgenossen und Gesäulskollegen sowie dem Fußballverein Calw für ihre ehrenreichen Kranzniederlegungen und die überaus zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen wir auf diesem Wege unsern besten Dank.

Familie Friedrich Straile.

Leigwaren und Mehl!

Table listing prices for various goods: Eiermudeln 1 Pfd. 40 Pfg., Suppeneinlage 1 Pfd. 55 Pfg., Macaroni (Griesware) 1 Pfd. 55 Pfg., Spaghetti (Griesware) 1 Pfd. 55 Pfg., Hörne (Griesware) 1 Pfd. 55 Pfg., Hörne (Mehlware) 1 Pfd. 45 Pfg., Weizenmehl Spez. 0 1 Pfd. 20 Pfg., Weizenbrotmehl 1 Pfd. 18 Pfg., Weizengries 1. Qual. 1 Pfd. 28 Pfg.

Karl Gehring, Lederstraße.

Empfehle mich in sämtlichen Tapezier- und Polsterarbeiten in solider Ausführung, auch im Anarbeiten älterer Polstermöbel Adolf Junginger, Tapeziermeister obere Marktstraße 31

Komme nächster Tage nach Calw aus Umgebung Kaufe zu hohen Preisen alte Schmuckachen aus Gold, Silber und Platin, sowie alte Gebisse komme ins Haus und erlaube Adressenangabe an E. Wolf, Coemetalie aus Pforzheim an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Reiche Auswahl in hochfeinen Würstwaren finden Sie bei Fr. Freudenberger.

Neste wie har. und gestr. Flanelle Wuschstoffe, Schürzenstoffe in allen Farben, Bestflanelle u. Zellzeug in nur guter Qualität kaufen Sie am besten bei Frau Anna Weber, ob. Marktstr. 31, 3. St.

Filzschnallentiefel für Männer zu Goldmark 8.- Frauen 7.- J. Knörzer, Calw, Marktpl. 67. Kein Laden.